

440 154

Berlin, 26. März.

Thure Mitbürger!

Mit einigen Vorschlägen, deren Annahme und Ausführung ich im Drange der Umstände für äußerst notwendig hielt, bin ich zwar bei euch sehr übel angekommen, weil ich in der Erregtheit des Augenblicks aus tief bewegter Brust vielleicht zu lebhaft, zu stürmisch schrieb und nicht behutsam diejenige Form wählte, welche unser kranker Zustand räthlich machen mochte.

Dennoch kann ich nicht umhin, von neuem nach meinem besten Wissen zu rathen und öffentlich solche Maßregeln vorzuschlagen, welche, wenn auch nur palliative, doch für den Augenblick mir unerlässlich scheinen, um zu lindern.

Was ich heut zu empfehlen mir erlaube, ist Folgendes:

Es ist unverzüglich von Seiten der Regierung eine **Zinsstundung für die am 1. April fälligen Hypothekenzinsen** zu promulgiren, so wie die **Aufhebung der in unzähligen auf Terminal-Abzahlung des Capitals lautenden Hypotheken-Obligationen enthaltenen Kassatorischen Klausel**, derzufolge, wenn die Abzahlung nicht prompt geleistet wird, das Capital sogleich ohne Kündigung fällig wird.

Es ist nämlich den Eigenthümern im gegenwärtigen Augenblick unmöglich, ihren Miethszins einzubekommen, dessen sie doch bedürfen um ihre Hypothekenzinsen zu entrichten. Die Unterlassung dieser Zinsentrichtung würde also, ohne eine von der Regierung verfügte Stundung, den Verfall einer unbeschreiblichen Menge von hypothekarisch aufgenommenen Darlehen und damit den Ruin einer Masse von Grundbesitzern herbeiführen.

Ich stelle hiermit diesen Gegenstand zur schleunigsten allgemeinen Erörterung und lege ihn den Ministern dringend ans Herz. G. Julius.

Zeitung. Deutschland.

Berlin, 26. März. [Der König in Potsdam.]

Ein Freund der aus Potsdam kommt, berichtet uns, daß sich Se. Majestät der König gestern daselbst von 11 bis 12 Uhr aufgehalten, alle Offiziere auf das Schloß berufen und ihnen ungefähr Folgendes gesagt habe:

Er, der König, habe gehört, daß sie noch immer an eine mögliche Reaction mittelst des Militärs dächten, inständigst erliche er sie aber, dergleichen Gedanken gänzlich fahren zu lassen. Alles was er gethan habe und ferner thun werde, sei durchaus sein eigener Wille und Niemand habe ihn gezwungen so zu handeln wie er thue; er befände sich sehr wohl und sicher in Berlin und bitte die Armee, sich hiervon überzeugt zu halten.

[Entscheidung über das Großherzogthum Posen.] Vorgestern Abend um 6 hatten die Deputationen aus Posen, wie wir in unserem gestrigen Morgen ausgegebenen Extrablatt meldeten, eine definitive Antwort erhalten sollen. Eine solche erfolgte jedoch nicht, sie wurden mit schwankenden Versicherungen hingehalten, und die deutsche Deputation wollte so eben von Berlin wieder abreisen, um ihren Commitmenten über die Fruchtlosigkeit der Unterhandlungen Bericht zu erstatten, als Herr Königsberger aus Posen anlangte mit der Schreckenskunde, daß General Steinäder gedroht habe und schon im Begriffe sei, die Stadt Posen von der Festung aus zu bombardiren. Die deutsche Deputation eilte sogleich in Begleitung des Herrn Königsberger aufs Schloß, um erneute Vorstellungen zur Abwendung des hereinbrechenden Unglücks zu machen. Graf Schwerin, den die Abgeordneten antrafen, bemerkte, daß Steinäder, wenn er sich gezwungen sähe, auf die Stadt zu schießen, dann doch nur seine Pflicht erfüllte. Nein, Herr Graf! fiel der Abgeordnete Vielefeld ein, mit dieser Antwort ist nichts gesagt; wird solche Gewalt gebraucht werden, so wird Alles im Großherzogthum zusammenhalten und der Gewalt Gewalt entgegensetzen, wir fordern einmüthig eine rasche und zufriedenstellende Lösung. — Die anderen Herren Minister kamen hinzu, und nach längerer Verhandlung einigten sie sich mit den beiden Deputationen über folgende Punkte:

- 1) Das in Posen gegenwärtig bestehende Comité soll ein Regierungs-Comité einsetzen, welchem zwei Königl. Commissarien beigeordnet werden, nämlich Herr Beurmann für die Civilsachen und General Willisen für die Militärsachen.
- 2) Oberpräsident soll ein von dem Comité zu erwählender Pole werden (man glaubt, daß die Wahl auf den Dr. Kraszewski fallen werde).
- 3) Diejenigen Districtscommissaire und Landräthe, Verwaltungsbearbeiter und Richter, welche unbeliebt sind, sollen, wenn das Comité es fordert, ihrer Functionen enthoben, jedoch für zwei Jahre, ihrer seitherigen Stellung entsprechend, mischädigt, ihre Stellen dagegen sollen mit Beamten, welche das Comité erwählt, besetzt werden.
- 4) Das Militär soll polnisch organisiert werden. (Zu diesem Artikel verlangten die Herren Minister den Zusatz, daß es den Deutschen, so wie auch allen Juden, welche in den Dienst zu treten wünschen, unbenommen und unbehindert sein solle; was, nach Erklärung der Deputirten, mit der Meinung des Großherzogthums selbst nur übereinstimme und daher ohne Weiteres zugegeben ward.)
- 5) Die Festung soll vorläufig preussische Besatzung behalten, diese Besatzung jedoch in keiner Weise ohne Zustimmung des Comité agiren.
- 6) Die polnische und deutsche Sprache sollen gleichberechtigt neben einander gelten und nach Bedürfnis gebraucht, das polnische Schulwesen soll reorganisiert und für gemeinnützige polnische Anstalten soll gesorgt werden.

[Deputation der befreiten Polen an Herrn Deyds.]

Gestern Abend gegen 7 Uhr fanden sich die am hiesigen Ort anwesenden, durch die jüngsten Ereignisse befreiten Polen unter Ludwig v. Mieroslawski's, Dr. Liebelt's und v. Malczewski's Leitung in Begleitung einer großen Zahl ihrer Landsleute bei dem Hrn. Justiz-Commissarius Deyds ein, welcher während des Polen-Processes durch seine freien Reden und Vertheidigung allgemeine Anerkennung gefunden, sich für die Wiederbelebung der polnischen Nationalität so verdient gemacht und dessen energischen Bemühungen wir die Amnestie aller politischen Verbrecher verdanken, um demselben im Namen der polnischen Nation das Gefühl ungetheilter Verehrung und Dankbarkeit darzubringen. Der Hr. Justiz-Commissarius Deyds, von allen Seiten von Freichen innigster Verehrung und Dankbarkeit überschüttet, war sichtlich überrascht und dankte den Anreden des Hrn. Dr. Liebelt in sehr ergründenden Worten. So zahlreich die Gesellschaft, so freundlich war der Eindruck, den diese unvorbereitete Anerkennung der Verdienste eines Mannes bot, dessen unerschrockene Freimüthigkeit bisher nur getheilte Anerkennung gefunden hat.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir einen kurzen Bericht über die Erwirkung der Amnestie für die befreiten Polen nachtragen.

Am 20. März, Morgens um 6 Uhr, versammelte sich Herr Justiz-Commissarius Deyds zu dem Herrn Polizei-Präsidenten von Minutoli und ersuchte denselben, ihn sofort eine Audienz bei des Königs Majestät zu erwirken, um eine Amnestie für alle wegen politischer und Preß-Vergehen Verurtheilte und in Untersuchung Befangene in Antrag zu bringen. Herr von Minutoli lehnte dieses Gesuch mit der Bemerkung ab, daß dadurch die jetzt noch gährende Volkswunde leicht von Neuem in Bewegung gesetzt werden würde. Herr Deyds vereinigte sich hierauf mit dem Herrn Dr. Wönliger, mit welchem er zufällig zusammentraf, um unmittelbar auf dem Schlosse weitere Schritte in der Sache zu thun. Der Minister Herr von Arnim, an welchen sich die Genannten wandten, glaubte ihr Gesuch als ein nicht zeitgemäßes ablehnen zu müssen. Herr Deyds stützte sich dagegen auf seine Pflicht als Vertheidiger und die laut gewordenen Wünsche des Volks. Er fand an dem inzwischen erschienenen Staatsanwalt Herrn Geheimrath Wenzel die kräftigste Stütze. In Folge der gemeinsamen Bemühungen dieser Herren wurde die Amnestie bewilligt und vollzogen. Herr Deyds begab sich sogleich in das Staatsgefängniß, um daselbst die Amnestie zu verhandeln.

H. Mieroslawski, Dr. Liebelt, sowie die Damen v. Malczewska und Matejka nebst ihren Kindern wurden in Wagen sitzend von dem Volke vom Gefängniß aus durch die Louisenstraße, Friedrichstraße und Linden gezogen; die sämtlichen übrigen Polen folgten zu Fuß mit entblößtem Haupte und wurden von einer zahllosen Volksmenge jubelnd begrüßt. Hr. v. Mieroslawski hielt die deutsche Fahne; eine polnische Flagge, im Augenblicke der Befreiung von den Damen im Gefängniße gefertigt, wehete von dem Wagen, auf dem man bekränzte Kämpfer der unerschrockenen Befreiungsmacht bemerkte. Aus allen Fenstern flatterten Lücher und Fahnen, stiegen Blumenkranze den Befreiten zu. Die Studierenden empfingen bewaffnet ihre polnischen Brüder vor der Universität, die Bürgergarde der Hauptwache trat grüßend ins Geviere — Mieroslawski und Dr. Liebelt dankten und bekehrten im Namen der freigesetzten polnischen Nation Friede und Freundschaft den Deutschen und Schutz gegen die russische Macht. Ihre Worte beantwortete ein Beifallsruf, wie ihn das tiefgefühlte Bedürfnis treuer Verbündeter aller freigesetzten Nationen erdabt. Die Gefreuten wurden von der jauchzenden Menge fast erdrückt. Durch eine Abtheilung der Bürgergarde als Ehrenwache begleitet, gelangte der Triumphzug nach dem Schloßplatz, wo des Königs Majestät den Dank der Polen unter unbeschreiblichem Beifallsruf entgegennahm. Von hier begab sich der Zug nach der Universität, in deren Aula die Herren Dr. Liebelt, v. Mieroslawski, Studiosus Egidi und Deyds über die Ereignisse und Fragen der Zeit sprachen.

* Schleswig-Holstein. Kiel, 23. März, Nachmittags 6 Uhr. So eben geht v. Eskafette von Kopenhagen die Nachricht ein, daß das Ministerium gestirzt, der König festgesetzt und eine provisorische Regierung, bestehend aus dem Statrath Sviby und Orla Lehmann, errichtet ist.

Hier herrscht eine fürchterliche Aufregung. Man ist sehr besorgt wegen der Deputation (Dischhausen, v. Keergaard, Clausen, Gebich und Engel), welche am Donnerstag von hier nach Kopenhagen abgegangen ist, hofft indes, daß der Capitain des Königl. Dampfbootes sie nicht gelandet hat.

Das Militär hat sich hier bereits für das Volk erklärt. Heute wird wahrscheinlich noch eine provisorische Regierung eingesetzt und die Unabhängigkeit der Herzogthümer von Dänemark proclamirt. Besefer ist bereits eingetroffen, Reventlow-Preeg wird jeden Augenblick erwartet. Der Prinz von Noer ist leider diesen Nachmittags abgereist.

(Vergleiche die Nachricht in unserem gestrigen Blatt, welche jünger ist und welche wir dem gestern hier angelangten und um 2 Uhr wieder abgereisten Deputirten verdanken.)

Das Volk verhält sich ruhig. Das Kopenhagener Dampfboot wird wahrscheinlich noch in den Dänen zurückgehalten. Es wurde diesen Morgen erwartet, ist aber noch nicht eingetroffen. — Heute Abend werden die Posten von den Bürgern und dem Militär gemeinschaftlich besetzt. — Der Krieg ist unvermeidlich. Man wird Schleswig incorporiren. Die Stunde kommt jetzt, wo unsere deutschen Brüder ihre Sympathie für uns durch die That beweisen sollen. Sie werden es! — Alle stehen unter den Waffen. — Es lebe Deutschland! hoch leben die braven tapferen Berliner!

Gestern haben die Bürger Rendsburgs 600,000 Fl., welche nach Kopenhagen abgeführt werden sollten, mit Gewalt zurückgehalten. Eben so hielten wir 8 Matrosen, für die dänische Flotte bestimmt, zurück.

Eben kommt unser Lehrling mit der Nachricht nach Hause, daß das Militär zu uns übergetreten ist.

[Provisorische Regierung.] Die erste Proclamation der provisorischen Regierung, die sich in Kiel am 24. gebildet, lautet: Mitbürger. Unser Herzog ist durch eine Volksbewegung in Kopenhagen gezwungen worden, seine bisherigen Rathgeber zu entlassen und eine feindliche Stellung gegen die Herzogthümer einzunehmen. Der Wille des Landesherren ist nicht mehr frei und das Land ohne Regierung. Wir werden es nicht dulden wollen, daß deutsches Land dem Raube der Dänen preisgegeben werde. Große Gefahren erfordern große Entschlüsse; zur Vertheidigung der Gränze, zur Aufrechthaltung der Ordnung bedarf es einer leitenden Behörde. Folgend der dringenden Nothwendigkeit und gestützt auf das bisher und bewiesene Zutrauen haben wir, dem ergangenen Rufe folgend, vorläufig die Leitung der Regierung übernommen, welche wir zur Aufrechthaltung der Rechte des Landes und der Rechte uneres angekommenen Herzogs in seinem Namen führen werden.

Wir werden sofort die vereinigte Ständeversammlung berufen, und die überkommene Gewalt zurückgeben, sobald der Landesherr wiederum frei sein wird oder von der Ständeversammlung andere Personen mit der Leitung der Landes-Angelegenheiten beauftragt werden.

Wir werden uns mit aller Kraft den Einheits- und Freiheitsbestrebungen Deutschlands anschließen.

Wir fordern alle wohlgefinnten Einwohner des Landes auf, sich mit uns zu vereinigen. Laßt uns durch Festigkeit und Ordnung dem deutschen Vaterlande ein würdiges Zeugnis des patriotischen Geistes geben, der die Einwohner Schleswig-Holsteins erfüllt.

Der abwesende Advocat Bremer wird aufgefordert werden, der provisorischen Regierung beizutreten.

Kiel, den 24. März 1848.

Die provisorische Regierung. Besefer, Friedrich Prinz zu Schleswig-Holstein, F. Reventlow, M. T. Schmidt.

Frankreich.

Paris, 22. März. [National-Baaren-Magazine.] Die prov. Regierung, von allen Seiten bestimmt, der Finanzcrisis ein Ende zu machen, nimmt zu allerlei Palliativmitteln ihre Zuflucht. So bringt der heutige Moniteur ein Decret, das die Errichtung von National-Baaren-Magazinen verordnet. Der Bericht des Finanzministers, welcher diesem Decret vorgeht, lautet folgendermaßen: An die prov. Regierung. „Bürger! Eure ersten Decrete deckten die Bedürfnisse der Staatskassa. Diese bildeten aber nur einen Theil der schwierigen Aufgabe, deren Lösung Euch obliegt. Es herrscht eine industrielle Crisis, die sowohl Fabrikherrn als Arbeiter ruiniren möchte, wenn Ihr nicht bald helft. Sie tritt vorzüglich in zwei Erscheinungen vor's Auge: Stodung des Wechselverkehrs und Stodung des Waarenabflusses (encombrement des portefeuilles et encombrement des magasins). Die Zahlungsstellung der ersten Bankhäuser beraubte plötzlich die Fabrikanten und Handelsleute der Möglichkeit, sich die zum Betriebe nötigen Gelder zu verschaffen; andererseits fanden die Waaren in Folge des verminderten Verbrauchs keinen Abzug d. h. keine Käufer mehr. Gegen die erste dieser Schwierigkeiten habt Ihr auf meinen Vorschlag in Paris und den vorzüglichsten Mittelpunkten für Ackerbau, Handel und Industrie National-Banken errichtet; der Staatscredit wurde mit dem Privatcredit verbunden und dies muß in Zukunft die besten Früchte tragen. Heute schlage ich Euch vor, auch für die Waare Das zu thun, was Ihr für den Ausdruck des Reichs verstanden, nämlich das Papier, gethan. Sie braucht Absatzquellen, die Ihr ihr öffnen müßt. Eine große Zahl von Handels- und Fabrikhäusern, die bisher Tausende von Arbeitern beschäftigten, ist gefallen oder steht sich ihrem Sturz nahe, obwohl ihre materielle Lage keineswegs ungünstig. Ein solcher Zustand könnte binnen Kurzem gefährlich werden. Die von früheren Geschäften her datirenden Verträge sind einander erledigt oder man vermeidet neue Verbindungen einzugehen. Unter diesen Umständen schlage ich als Abhilfe gegen das Uebel vor: den Verbrauch durch begünstigtere Circulation zu fördern. Um diesen Zweck zu erreichen, schlägt der Minister mehrere Maßregeln vor, die im folgenden Decrete angeordnet werden:

„Nach Einsicht des obigen Berichts verordnet die provisorische Regierung Art. I.: In Paris und anderen Plätzen, wo sich das Bedürfnis für Baaren machen sollte, sind General-Magazine zu errichten, in welchen Negotianten und Industrielle ihre Hoffnisse und Baaren etc., deren Eigenthümer sie sind, niederlegen können. Art. II. Diese Magazine sind auf Bestellungen der Departements-Regierungs-Commissarien augenblicklich zu errichten. Art. III. Jeder Baaren-Niederleger erhält einen Empfangschein, versehen mit dem Stempel der Republik und mit dem Stempel des Magazin-Vorstandes. ... Diese Empfangscheine, welche aus einem Haupttabellenbuche zu schneiden sind (extraits de registres a souche) können in den Handel übergeben, d. h. verkauft werden und wie ein Wechsel circuliren. Sie zahlen eine Steuer von 1 Franken 10 Centimes höchstens. Art. IV. Die General-Magazine stehen unter Aufsicht des Staates. Art. V. Frühere gesetzliche Verfügungen, welche gegenwärtigem Decret widersprechen könnten, können natürlich keine Anwendung mehr finden. Art. VI. Die Minister der Finanzen und des Innern, der Maire von Paris und der Minister des Handels etc. sind mit Ausführung des Decrets beauftragt.“

Ein anderes Decret des Finanz-Ministers bestimmt die bisherigen Douanen- und Zoll-Entrepôts-Häuser zur Aufnahme von Kohlen und Fabrikwaaren aller Art und theilt bereits die Muster der Empfangscheine mit, die alsbald in der Handelswelt als Wechsel kursiren werden.

[Vermischtes.] Es ist nunmehr entschieden, daß der Gouverneur von Algier, General Cavaignac, das Kriegsministerium übernimmt; der General Changarnier folgt ihm in Algier. — Ferdinand Flocon, der seit seiner Ernennung zum Mitgliede der provisorischen Regierung an der Sicht krank darnieder lag, hat endlich gestern seine wirkliche Thätigkeit begonnen. — Paris hat 34 Abgeordnete zur National-Versammlung zu wählen, und es finden sich heute bereits mehr als 200 Candidaten, darunter die ehemalige Opposition aus der Kammer, alle politischen Verurtheilten, alle Literaten von Namen, alle alten Republikaner von Profession, die Schüler von St. Cyr, von der polytechnischen Schule, die Chefs der socialistischen Doctrinen, die hervorsteckendsten Talente unter den Arbeitern. Bis zum Tage der Wahl werden die Candidaten in Paris auf 500 gestiegen sein. — Der International von Bayonne erzählt eine heitere Anekdote. Beim Hochamte am letzten Sonntag sang der administrende Geistliche seine Messe durch und intonirte herzhast das Domine salvum fac — plötzlich fiel ihm ein, daß das salvum auf rempublicam nicht passe — er half sich also flugs, indem er fortfuhr: Domine salvum fac le gouvernement provisoire. Ein schallendes Gelächter durchdrönte die ganze Kirche.

Paris, 22. März. Glauben Sie um Alles in der Welt nicht, weil die Blastersteine seit ein Paar Tagen nicht aus der Erde herausgeschmetzt sind, Paris sei ruhig! Die Ruhe, der Friede, das Sicherheitsgefühl — alles ist in seinen tiefsten Tiefen erschüttert — wohin wir gehen, wohin die unsichtbare Hand unseres Geschickes uns treiben wird, — kein Mensch kann es wissen! Man begriff seit dem 25. Februar, daß die Republik eine historische Nothwendigkeit sei — man ist heute von allen Seiten dicht dabei zu glauben, die fortwährende, wenigstens noch eine geraume Zeitlang dauernde Revolution sei eine ähnliche Nothwendigkeit. Von dem Umfange der Creditlosigkeit läßt sich kein Bild entwerfen — sagen wir ein- für allemal, es giebt keinen Credit mehr, so haben wir es getroffen. Jeder hütet, was er hat, und leider haben wir von Menschen durchaus nichts zu hüten, leider nützt Andern der große Besitz von Gütern durchaus nichts. Ein volles Magazin ist für den Handelsmann ein Creuel, wenn es keinen Absatz hat — heute ist es kein Ruin. Es wäre Wahnsinn, die Production fortsetzen zu wollen, da kein Mensch kauft. Was thun bei solchem Uebelstande? Die Luchslager strotzen z. B. von Luchtern. Tausende von Menschen haben keine Kleider. Die Luchter aus den Magazinen könnten Kleider schaffen. Allein die Tausende haben kein Geld, ja selbst nicht so wenig Geld, als man heute bei dem geringen Preise der Waaren bedarf. Was thun bei solch unheimlichem dervilbertem Zustande? Der Staat hat eine Auskunft gefunden, die den Fabrikanten von ihrer Waare den Armen, Bedürftigen aber nicht zu dieser Waare hilft — er läßt sie in große Staatsmagazine bringen und giebt dafür Scheine, Assignaten in